

Abgefeimtes Spiel

Zum Artikel „Fraktionen fordern eine Umstrukturierung“ im FT vom 13./14. März:

Weil den zwei Stadträtinnen Reinfelder und Redler das derzeitige Kommunalrecht nicht in den Kram passt, wollen sie es ummodellern. Sie wollen namens ihrer Fraktionen die Ausschüsse, insbesondere den Migranten- und Integrationsbeirat, umkrepeln und paritätisch besetzen. Damit wäre künftig zusätzlich ein Mitglied aus jeder Stadtratsfraktion im Gremium.

Der Antrag erfüllt nicht die formalen Vorgaben. In der Sache ist er grottenschlecht, weil nach einem solchen Dreh die Stimmen der einzelnen Stadträte einen anderen Wert bekommen und die Ausschüsse keine Spiegelbilder eines verkleinerten Stadtrats, sondern Konglomerate willkürlicher Herrschsucht werden.

Das haben die beiden Ladies wohl selber gemerkt und als Ausweg die Verwaltung ins Spiel gebracht, die nun mit der

Durchführung der Prozedur beauftragt werden soll. Das wäre dann kein Antrag, sondern ein Brief an den Oberbürgermeister in seiner Organstellung als Chef der Verwaltung mit der Bitte, etwas Unlauteres zu tun – also ein arglistiges Unterfangen.

Zum besseren Verständnis dieses sonderbaren Spiels: Stadtratsfraktionen sind keine Organe der Stadt. Das Aufplustern der beiden Damen ist mehr als anstößig. Wenn ernsthaft an eine Änderung gedacht ist, gehört die Geschäftsordnung des Stadtrats geändert. Ein solcher Antrag könnte lauten: „Der Stadtrat möge beschließen: Artikel (§) xy der Geschäftsordnung wird geändert. Die Ausschüsse werden soundso zusammengesetzt ...“ Dann wird der Wille des Stadtrats manifestiert.

Die Verwaltung in ein solches abgefeimte Spiel einzubeziehen, ist infam.

Andreas Stenglein
Gaustadt

Fränkischer Tag Bamberg v. 22. März 2021, S.12

Siehe auch : [Zersplittert das AFD-Urteil den Stadtrat](#)

Fraktionen fordern eine Umstrukturierung

Bamberg – „Wir brauchen einen Neuanfang“, sagt Vorsitzende Daniela Reinfelder der FW-BuB-FDP-Stadtratsfraktion laut einer Pressemitteilung. Da dieser „Inhalt verbindet“, so Ursula Redler für die CSU-BA-Stadtratsfraktion, stellen beide Fraktionen einen Antrag auf Umstrukturierung des Migranten- und Integrationsbeirats (MIB) mit dem Ziel der paritätischen Besetzung.

Damit wäre künftig zusätzlich ein Mitglied aus jeder Stadtratsfraktion im Gremium. Dieser Antrag liege insbesondere darin begründet, dass „der MIB leider seit circa einem Jahr durch den bekannten Brief aus dem März 2020 und die dadurch entstandenen Unruhen statt durch inhaltliche Arbeit auffällt“ wie Daniela Reinfelder

ausführt. „Dass es zuletzt weitere Unstimmigkeiten um die Ausfertigung und eventuelle Abänderung von Sitzungsprotokollen gab, hat den Anlass der Einmischung und für diesen Antrag gegeben“, stellt Ursula Redler klar. Die Fraktionen sind sich einig, dass es sinnvoll und notwendig im Sinne eines Neuanfangs und des Neutralitätsgebots sei, das Gremium paritätisch zu besetzen.

Weiter wird ausgeführt, dass dies auch in anderen Gremien der Stadt Bamberg wie im Ombudsteam oder dem Seniorenbeirat sowie in vielen anderen bayerischen Städten im jeweiligen MIB üblich ist und sich bewährt hat. Dies solle daher nun durch die Verwaltung geprüft und möglichst schnell umgesetzt werden. *red*

Migrantenbeirat: Austausch statt Einmischung

VON UNSEREM MITARBEITER JULIAN MEGERLE

Bamberg – Der Migrantenbeirat der Stadt Bamberg (Mib) hatte in der jüngeren Vergangenheit mit Kritik zu kämpfen. Da war zum einen die Affäre um den Wahlbrief im Jahr 2020. Zum anderen stand der Vorwurf im Raum, dass Protokolle der Sitzungen nicht ordnungsgemäß waren. So stellte die Fraktion von CSU und Bamberger Allianz zusammen mit FDP, Freien Wählern und BuB den kurzfristigen Antrag im Familien- und Integrationsssenat, um den Einfluss des Stadtrates auf den Mib zu erweitern. So sollten die Fraktionen je ein beratendes Mitglied ohne Sitzungsgeld in den Beirat entsenden dürfen. Der neunköpfige Vorstand des Mib hatte in einer schriftlichen

Stellungnahme zur Sitzung die Vorwürfe bezüglich der Protokolle zurückgewiesen und zum Austausch mit den Stadtratsfraktionen eingeladen.

„Wir wollen sicherstellen, dass keinerlei parteipolitische Einflussnahme stattfindet“, erklärt BA-Stadträtin Ursula Redler. Nach den oben genannten Vorwürfen wolle man wegkommen von diesen Themen und die inhaltliche Arbeit im Beirat fortsetzen. Claudia John, Stadträtin für die Freien Wähler, betonte, dass man damit mehr Transparenz schaffen und auch die Beschlüsse und Anregungen des Stadtrates weitertragen könne. Sie kritisiert, dass sie bisher keine Einladung zu den Sitzungen des Mib bekommen habe.

„Jetzt wollen wir rechthaberisch und besserwisserisch dem

Mib gegenüber auftreten“, kritisiert Ingeborg Eichhorn den Antrag. Das sei demütigend gegenüber den ausländischen Mitbürgern, findet die SPD-Frau, welche auch an der vergangenen Sitzung des Mib Anfang März als Gast teilnahm, als Mitra Sharifi und Marco Depietri zur Doppelspitze des Beirates gewählt wurde. Es dürfe keine Vermischung der Sachverhalte geben.

Mehrheit für Kompromiss

„Wir haben nicht das Recht zu sagen: Wir wissen was gut für euch ist“, findet Ulrike Sänger von Grünes Bamberg. Sie sei für Austausch, aber gegen Einmischung in die Arbeit des unabhängigen Beirates. Dritter Bürgermeister Wolfgang Metzner (SPD) findet: „Mohamed Adala

würde sich bei so einem Antrag im Grabe rundrehen.“ Es brauche „nicht mehr Bio-Deutsche, welche Sachen vorschreiben“, betont Metzner mit Blick auf jene Stadtratsmitglieder, welche keine Migrationsgeschichte haben. Schließlich fand sich eine Mehrheit für einen Kompromiss: Die Fraktionen sollen in gemeinsamen Gesprächen mit dem Mib über die zukünftige Arbeitsweise sprechen. Ende 2021 soll es dann noch mal eine Behandlung dazu im Familien- und Integrationsssenat geben.

Mib-Vorsitzender Depietri, welcher die Diskussion als Zuschauer verfolgt hatte, ist zufrieden mit dem Ergebnis: „Wenn wir nun als gesamter Beirat mit den Stadtratsmitgliedern in Austausch treten, ist das eine gute Sache.“

Die Katze lässt das Mäusen nicht – und Stadträtin Redler nicht die Herumkommandiererei und Bevormundung anderer. Sie mischt sich in Angelegenheiten, die sie weder persönlich noch als Stadträtin etwas angehen. Andere tun es ihr gleich. Oh Jemine! A. St.

Vgl. auch: [Ein Urteil gegen die Bamberger Kleinstaaterei](#)